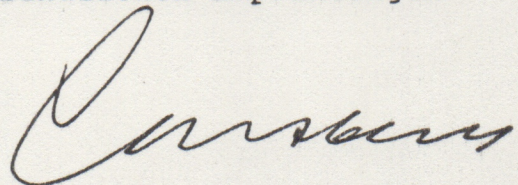


Fédération des Victimes
du Nazisme Enrôlées de Force
Herrn Jos. Weirich
Boîte postale No 2415
L - Luxemburg-Gare

Sehr geehrter Herr Weirich,

Ihren Brief vom 6. Juni 1978 habe ich erhalten und gelesen. Sie dürfen sicher sein, daß alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien Fragen der Abrüstung und der Rüstungskontrolle, darunter auch des Waffenexports, soweit sie in die Kompetenz des Parlaments fallen, mit großer Sorgfalt und im Bewußtsein ihrer Verantwortung für den Weltfrieden beraten.

Mit verbindlichen Empfehlungen



**Fédération des Victimes
du Nazisme Enrôlées de Force** a. s. b. l.

REPRÉSENTANT: L'ASSOCIATION DES PARENTS DES DÉPORTÉS MILITAIRES LUXEMBOURGEOIS
LA LIGUE LUXEMBOURGEOISE DES MUTILÉS ET INVALIDES DE GUERRE 1940-45 · L'AMICALE
DES ANCIENS DE TAMBOW · L'ASSOCIATION DES ENRÔLÉS DE FORCE VICTIMES DU NAZISME

Organe officiel:
„Les Sacrifiés“
Bulletin mensuel

E I L B R I E F

Boite postale No 2415
LUXEMBOURG-GARE

Compte chèque postal No 3 13 29

Ansemburg, den 10. September 1978

Luxembourg, le
9, rue du Fort Elisabeth

An Herrn Hans-Dietrich GENSCHER
Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland
z.Z. Schloss Ansemburg, Luxemburg.-----

Sehr geehrter Herr Aussenminister !

Wir benützen Ihren privaten Aufenthalt bei unserm Regierungspräsidenten Gaston THORN, um Sie wieder einmal auf die Streitfrage aufmerksam zu machen, die immer noch zwischen Luxemburg und Deutschland in der Schwebe ist : Das ZWANGSREKRUTIER-
TENPROBLEM.

Bisher hat die Bonner Regierung genanntes Problem, das ein nationales ist, mit juristischen Argumenten und Spitzfindigkeiten beiseite geschoben. Ihren guten Willen kleidete sie in schöne Worte.

Seit der Unterzeichnung des Schandvertrages sind neue Momente eingetreten, die Zwangsrekrutierten wurden von der luxemburgischen Regierung als Naziopfer rehabilitiert und anerkannt. Dies war nicht der Fall bei der Unterschrift genannten Vertrages, obwohl wir auch damals schon Sturm liefen.

Wir schlagen vor, dass die beiden Staaten eine zweiseitige Kommission ins Leben rufen, um den Staatsvertrag von 1950 zu überdenken und überarbeiten.

Wir sind an unserer Ehre und in unseren elementarsten Menschenrechten getroffen und geschmälert durch die Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes, das uns mit unseren Feinden, deutschen Soldaten, gleichsetzt.

Wir fordern von der Bundesrepublik Deutschland als Naziopfer anerkannt zu werden!

Als Zwangsrekrutierte können wir nicht an der Verwirklichung eines Vereinten Europa mitwirken, noch eine solche gut heissen, solange die Bundesrepublik sich weigert, die Zwangsrekrutierung der Luxemburger in die Deutsche Wehrmacht als ein Naziverbrechen anzuerkennen.

JUSTICE AUX ENROLES DE FORCE

Wir hoffen gerne, dass Sie mit unserm Staatspräsidenten den Vorschlag einer Kommissionsbildung erörtern, - Vorschlag der bereits von vielen namhaften deutschen Politikern mündlich gemacht wurde, darunter auch Ihre Vorgänger-, damit das leidige nationale Problem endlich einer zufriedenstellenden Lösung zugeführt werden kann.

Wir erwarten gerne Ihre baldige Antwort auf unsere Aeusserungen und wünschen Ihnen noch viel Freude bei der heutigen Feier.

Hochachtungsvollst
für die F.V.N.E.F.
der Präsident

Jos. WEIRICH

Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées de Force a. s. b. l.

REPRÉSENTANT: L'ASSOCIATION DES PARENTS DES DÉPORTÉS MILITAIRES LUXEMBOURGEOIS
LA LIGUE LUXEMBOURGEOISE DES MUTILÉS ET INVALIDES DE GUERRE 1940-45 - L'AMICALE
DES ANCIENS DE TAMBOW - L'ASSOCIATION DES ENRÔLÉS DE FORCE VICTIMES DU NAZISME

Organe officiel:
„Les Sacrifiés“
Bulletin mensuel

Boite postale No 2415
LUXEMBOURG-GARE

Compte chèque postal No 3 13 29

Luxembourg, le 02 octobre 1978
9, rue du Fort Elisabeth

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident !

Anlässlich eines kürzlich stattgefundenen Besuches von Herrn Ausserminister Hans-Dietrich GENSCHER in Luxemburg, hatte unsere Föderation wieder die Gelegenheit, an die nationale Frage des Zwangsrekrutiertenproblems zu erinnern.

Wir haben angeregt, die leidige Streitfrage, die immer noch zwischen den beiden Staaten in der Schwebe ist, durch bilaterale Verhandlungen der beiden Regierungen, zu lösen.

Bisher hat sich die Bonner Regierung immer hinter Gesetzen, Paragraphen und anderen Einwendungen versteckt, anstatt unsere berechtigten und von der Bonner Regierung anerkannten legitimen Forderungen zu erfüllen. Wir sind jedoch immer noch der Ueberzeugung, dass, mit einigem guten Willen eine Lösung zu finden ist, die beiden Seiten Genugtuung geben kann.

Die Zwangsrekrutierten sind in ihrer Ehre und in ihren elementarsten Menschenrechten verletzt durch den Staats-Schandvertrag von 1950, der unserer Regierung quasi von der BRD aufgezwungen wurde.

Wir fordern von der BRD als NAZIOPFER anerkannt zu werden, und nicht als Kriegsoffer, wie dies im Schandvertrag festgehalten ist. Auch wurden wir in demselben Staatsvertrag den deutschen Soldaten gleichgestellt durch die Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Kriegsoffer wären wir gewesen, wenn wir als deutsche Soldaten eingezogen worden wären. Nun wurden wir aber in die Deutsche Wehrmacht gezwungen, und wir lehnen es schärfstens ab, mit deutschen Soldaten gleichgestellt zu werden. Wegen drohender Sippenhaft, Umsiedlung und Einweisung ins KZ ihrer Familien und Angehörigen haben die Zwangsrekrutierten den bitteren Kelch auf sich genommen und sind in die Wehrmacht eingerückt, um dort gegen ihre Freunde, die Alliierten, und die Interessen ihres Landes zu kämpfen. Die Zwangsrekrutierten hatten durch dieses Kriegsverbrechen die schwere Wahl : entweder sie rückten in die Wehrmacht ein, und bewahrten dadurch ihre Angehörigen vor grausamen Strafen, oder sie widersetzten sich und gingen flüchtig, dadurch setzten sie sich dem deutschen Kriegsgericht mit Todesstrafe aus, und dadurch brachten sie ihre Angehörigen in Gefahr. Eine wahrhaftig grausame Wahl und ein unbeschreiblicher Gewissenskonflikt ! Die Zwangsrekrutierung war ein Kriegsverbrechen, wie es einmalig in der Geschichte dastehen dürfte.

Erlauben Sie uns einen kurzen historischen Rückblick :

1939 feierte unser Land mit grossen patriotischen Feiern seine 100 jährige Unabhängigkeit und Neutralität. Adolph Hitler persönlich, sowie der Deutsche Botschafter in Luxemburg, gaben damals feierliche Erklärungen ab, die unsere Unabhängigkeit und unsere Neutralität garantierten; dass unsere Freiheit nie angetastet würde. Kaum einige Monate später, am 10. Mai 1940, überfiel Deutschland unser kleines Land. Durch eine nachfolgende Zivilverwaltung, unter Gauleiter Gustave Simon, wurde unser Land geknechtet, gefoltert, geschunden und misshandelt. Weil der Widerstand

gegen die Verdeutschung und Eindeutschung nicht zu brechen war, und um fehlendes Menschenmaterial an der Front aufzufüllen, wurde unsere Jugend entgegen jedem Völker- und Menschenrecht in die Deutsche Wehrmacht gepresst, unter Androhung der Todesstrafe. Wie heute eindeutig aus deutschen Dokumenten hervorgeht, hatte die Zwangseinziehung ausserdem den Zweck, unsere Jugend auszurotten und das Land zu verbluten, um damit den Widerstand endgültig zu brechen. Das Resultat ist dann auch dementsprechend: rund 29% der Eingezogenen verbluteten in fremdem Land.

Wir können es niemals zulassen, dass unsere Nation auch heute noch für die geopfer- te Nation zahlen muss. Durch Steuerzahlungen, Rentenbeiträge und Krankenkassenbei- träge muss unser gesamtes Volk heute für von Deutschland erlittenen Schäden selbst aufkommen und bezahlen. Die gesamte Nation wird also wieder einmal, und das seit Kriegsende, zur Opferbank gebeten, um Nazischulden zu zahlen. Finden die sonst so korrekt sein wollenden Deutschen dies korrekt? Finden es die Deutschen korrekt, als grosser und mächtiger Wirtschaftspartner ihre Lage auszunützen gegenüber einer kleinen Nation und einem kleinen Wirtschaftspartner, der auf den grossen angewiesen ist? Ist das nicht Erpressung dem Kleinen gegenüber? Sind moralische Wiedergutmachungs- gründe nicht höher zu stellen als sture Paragraphenschinderei und Wirtschaftsgründe? Wie will die BRD Vergangenheitsbewältigung üben, wenn sie es nicht einmal fertig bringt über ihren eigenen Schatten zu springen und klar erwiesenes Unrecht aus- zulöschen? Wo ein Wille, da ein Weg.

Die Zwangsrekrutierten werden ihre Haltung jedoch NICHT ändern, solange sie die BRD nicht als Naziopfer anerkennt und dementsprechend handelt und die Konsequenzen zieht.

Wir sprechen ebenfalls die Politik des Geeinten Europa an.

Die BRD ist heute eine der führenden Wirtschaftsmächte der Welt geworden, und sie hat überall ein gewichtiges Mitsprache und -bestimmungsrecht.

Wie ist es möglich geworden, dass die BRD zu dieser Weltwirtschaftsmacht, mit einer der härtesten und begehrtesten Währungen, empor wachsen konnte?

Nach dem Kriege wurden die alten Werksanlagen, soweit sie nicht durch Kriegereig- nisse zerstört waren, demontiert und von den Siegermächten als Reparationsleistung ausgeführt.

Um nicht wieder in den Fehler des Versailler Vertrages zu verfallen, erlaubten die Siegerstaaten der BRD ,mit Hilfe des Marchal-Planes und durch Stundung der Repara- tionsleistungen, (Verträge von Paris und London) seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Dies geschah natürlich nach dem modernsten Stand der Technik. Die übrigen Staaten blieben auf ihren alten Anlagen sitzen, an denen nur die notwendigen Neuerungen vorgenommen wurden. Dies hatte zur Folge, dass heute die Siegerstaaten den wirt- schaftlich Kürzeren zogen, was sich besonders in der Zeit der Rezession und Arbeits- losigkeit bemerkbar macht.

Deshalb wollen wir hier klar sagen, dass die heutige Wirtschaftsmacht der BRD nur auf Kosten seiner jetzigen Partner entstehen konnte.

Unsere Föderation, die rund 12.000 lebende oder tote Zwangsrekrutierte und deren Angehörige vertritt, kann es deshalb niemals zulassen, dass die BRD gemeinsam mit den anderen europäischen Partnern an einem Tisch sitzt in einem Geeinten Europa, solange es seine moralischen und finanziellen Schulden gegenüber Luxemburg und den Zwangsrekrutierten nicht getilgt hat.

Wir werden folglich Aktionen unternehmen, in denen wir unsere Haltung un- missverständlich in der Oeffentlichkeit kund tun.

Kein Vereinigtes Europa mit Deutschland, solange dies nicht seriös versucht, seine Vergangenheit zu bewältigen durch Taten, und nicht mit schönen, aber leeren Worten.

GERECHTIGKEIT FUER LUXEMBURG ! GERECHTIGKEIT FUER DIE ZWANGSREKRUTIERTEN !

Wir bitten Sie, Herr Ministerpräsident, bei Ihren Parteifreunden, in Ihrem Land und im Bonner Parlament mit dem Gewicht Ihrer Person dafür einzutreten, dass dem Lande Luxemburg und den Zwangsrekrutierten Gerechtigkeit wiederfährt. Sie können damit unseren Dank und unsere Hochachtung gewinnen.

Wir entbieten Ihnen unsere besten Grüsse

Für die F.V.N.E.F.

Hochachtungsvollst

Der Präsident : Jos. WEIRICH